Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 10 (1990)

Heft: 19

Artikel: Humane Wirtschaftsdemokratie - der Dritte Weg : grundlegende Mängel der Wirtschaftspraxis des Realsozialismus

Autor: Šik, Ota

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651779

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ota Šik

Humane Wirtschaftsdemokratie – der Dritte Weg

Grundlegende Mängel der Wirtschaftspraxis des Realsozialismus*

Rund siebzig Jahre existiert die sozialistische Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion – genügend Zeit, um den Wirklichkeitsbezug der Sozialismus-Theorie zu überprüfen. Keines der angestrebten Ziele einer sozialistischen Entwicklung wurde jedoch erreicht, und dies nicht vor allem aufgrund subjektiver wirtschaftspolitischer Fehler der Partei- und Staatsführungen, sondern infolge systeminhärenter Mängel, die bereits in der marxistisch-leninistischen Theorie verankert waren.

Ziele, wie eine schnellere Entwicklung der Produktivkräfte, eine proportionalere und wirtschaftlichere Produktion, eine bessere Befriedigung der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse als im kapitalistischen System, wurden nicht erreicht. Vergleichende Berechnungen habe ich in meinem Buch "Wirtschaftssysteme"(1) veröffentlicht.

Der entscheidende Beweis, mit welchem die Notwendigkeit des sozialistischen Systems begründet wurde, dass nämlich das kapitalistische, im Vergleich zum sozialistischen System, keine schnellere Entwicklung der Produktivkräfte zulässt, konnte nicht erbracht werden. Besonders in der qualitativen Entwicklung, in der Innovation der Produktivkräfte, im technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, bleibt die sozialistische Produktion immer mehr hinter der kapitalistischen zurück. Demzufolge verlangsamt sich auch immer mehr das quantitative Wachstum der Produktion bzw. verwandelt sich zusehends in ein fiktives (verdeckt inflatorisches) Wachstum.

Im Vergleich mit der kapitalistischen Produktion zeigen sich in der sozialistischen folgende Mängel, die ihr Zurückbleiben hervorrufen:

- Die Produktion weist eine wesentlich niedrigere Effizienz (Verhältnis von Produktionsoutput zu -input) als in einem marktwirtschaftlichen System auf, d.h., dass für eine vergleichbare Produktion wesentlich mehr Arbeit, Material, Energie und Investitionsmittel benötigt werden;
- Die Produktion wächst überwiegend auf extensive Weise (Erweiterung der Produktionsfaktoren) und völlig ungenügend auf intensive Weise (durch technischen Fortschritt und qualitative Entwicklung der Produktionsfaktoren);
- die Produktion verläuft nicht genügend bedarfsgerecht, d.h. erbringt auf der einen Seite eine Menge nicht benötigter Güter, während sie auf der anderen Seite einen grossen Umfang an konkretem Bedarf nicht befriedigt;
- die Produktion liefert wenig qualitative und modische Konsumgüter, und die Investitionsgüter bleiben in ihrem technischen Stand weit hinter dem westlichen Standard zurück;
- die Produktion neigt völlig ungenügend zu innovativer Entwicklung, sie

bringt nicht nur zu wenig neue Güter, sondern diese sind allzu oft nur fiktiv neu, bringen also den Konsumenten keinen höheren Nutzen;
- der Anteil der Konsumgüterproduktion an der gesamten Produktion ist wesentlich kleiner als in westlichen Marktwirtschaften; mit anderen Worten, der Anteil der Investitionsgüterproduktion ist viel zu hoch, was auf die vorangehenden Mängel zurückzuführen ist.

Bei einer solchen Produktionsentwicklung können die Bedürfnisse der Bevölkerung nur ungenügend befriedigt werden, und der Lebensstandard breitester Schichten bleibt immer mehr hinter jenem industriell entwickelter westlicher Länder zurück. In der Rüstungs- und Raumfahrtentwicklung werden zwar quantitative und qualitative Erfolge erzielt, da diese Industrien in jeder Hinsicht präferiert werden.

Fehler in der theoretischen Begründung des Sozialismus

Will man nun zum Ausgangspunkt all dieser Mängel der realsozialistischen Theorie und Praxis gelangen, so muss man sie bereits in Marxens ökonomischer Theorie suchen. Hier entstandene Einseitigkeiten, Simplifizierungen und Fehler wurden in die Sozialismus-Theorie weitergezogen und führten zu solchen Vorstellungen eines neuen Wirtschaftssystems, die sich als nicht lebensfähig erwiesen haben.

Zuerst einmal muss zusammenfassend gesagt werden, dass Marx in seiner ökonomischen Analyse die Bedeutung der unterschiedlichen ökonomischen Interessen und Motivationen in der Gesellschaft sowie ihrer Wirkung auf die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit im Grunde beiseite gelassen hat. Dies hat sich konkreter in der Ignorierung dreier Entwicklungsfaktoren geäussert, wodurch simplifizierte Vorstellungen, sowohl das kapitalistische als auch das künftige sozialistische Wirtschaftssystem betreffend, entstanden sind. Sie können hier nur angedeutet werden.

Erstens ist es die Ignorierung der Bedeutung von Konsumenteninteressen und ihres Einflusses mittels des Marktmechanismus auf die Entscheidungen der Produzenten. Produzenten- und Konsumenteninteressen sind nicht gleichen Inhalts und werden sich unter bestimmten Bedingungen widersprüchlich entwickeln. Die einseitige Hervorhebung des kapitalistischen Produzenten- und Gewinninteresses, die sich in Marxens Theorie des Arbeitswertes und des Produktionspreises ausdrückt, hat die Nutzenbewertung von Waren durch die Konsumenten ungenügend beachtet. Marxens Festhalten an der wissenschaftlich nicht beweisbaren Arbeitswert- und Produktionspreistheorie als Grundlage der Marktpreisauffassung sowie die Nichtbeachtung der sich ständig ändernden Nutzenbewertung einer riesigen Anzahl von Gütern durch die Konsumenten, haben zu seiner Unterschätzung des Marktmechanismus geführt. Aufgrund dessen kam er zur Schlussfolgerung von der Beseitigung des Marktes im Sozialismus und seiner Ersetzung durch eine planmässige Produktions- und Güterverteilungsentwicklung in der ganzen Volkswirtschaft. Das von hier ausgehende Dogma der Marxisten über die Unvereinbarkeit des Sozialismus mit einem Marktmechanismus hat sie schwer belastet und hat am stärksten zu den riesigen Wirtschaftsverlusten beigetragen.

Die zweite Marx'sche Vereinfachung ist in der Unterschätzung der Unternehmertätigkeit und ihrer Bedeutung vor allem für die qualitative und flexible Entwicklung der Produktion zu sehen. Die einseitige Hervorhebung der kapitalistischen Ausbeutungstätigkeit hat zu dieser Unterschätzung geführt. Man hat aufgrund dessen in der marxistischen Bewegung das erforderliche Wissen, die Tatkraft und den Mut zum Risiko, diese Kriterien, die sich im Kapitalismus in Gründeraktivitäten, in produktiven Innovationen, in technischen Fortschritten u.ä. äussern, welche durch eine ökonomisch nicht engagierte Bürokratie nie zu ersetzen sind, völlig übersehen. Ökonomisch interessierte Manager grosser, selbständiger Unternehmen, in den Bedingungen eines funktionierenden Marktmechanismus, können zwar die Unternehmeraktivität in diesem Bereich ersetzen. Jedoch ist damit das Problem der flexiblen Gründung von Betrieben, um beständig neu entstehende Marktlücken rechtzeitig auszufüllen, noch nicht gelöst. Auch die Bedeutung des Kapitalmarktes für die erforderlichen flexiblen Änderungen der Produktionsstruktur blieb unbeachtet.

Ein dritter Grundfehler in der marxistischen ökonomischen Theorie ist in der Auffassung der sinkenden Wachstumsimpulse für die kapitalistische Produktion zu sehen. Mit der Vorstellung einer beständig wachsenden Mehrwertrate (Rate der Ausbeutung), daher relativ sinkenden Konsumtionsquote sowie gleichzeitigen Tendenz einer sinkenden Gewinnrate (Rendite), hat Marx Vorstellungen geschaffen, dass die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus immer stärker gebremst würde. Sinkende Absatzmöglichkeiten und Gewinnaussichten sollten den Kapitalismus an den Rand seiner Entwicklungsmöglichkeiten bringen. In Wirklichkeit gibt es im Kapitalismus nicht eine beständig wachsende Mehrwertrate, ebenso wenig wie eine ständig sinkende Gewinnrate(2). Die Widerlegung der Marx'schen Theorie durch die reale Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus hat nicht nur die entscheidende Begründung sozialistischer Revolutionen in kapitalistisch entwickelten Ländern untergraben, sondern hat auch so manche politische Zielfixierung in sozialistischen Ländern (z.B. Chruschtschews Ziel der Überholung der USA in ungefähr 20 Jahren) als subjektivistische Wunschvorstellungen erscheinen lassen.

Wenn ich alle angeführten Mängel und Fehler der sozialistischen Praxis und Theorie zusammenfasse, komme ich zu der Schlussfolgerung, dass der Sozialismus, in den Grundzügen der marxistisch-leninistischen Ideologie, keine Zukunft hat. Und dennoch muss diese Schlussfolgerung nicht bedeuten, dass es zur bisherigen realen sozialistischen Entwicklung nur die Alternative einer Rückkehr zum kapitalistischen System geben muss. Ebenso bedeutet dies nicht, dass der Kapitalismus fehlerfrei ist und keiner Reform bedarf.

Grosse Mängel des kapitalistischen Systems – lange Perioden mit Massenarbeitslosigkeit, periodisch wiederkehrende Wirtschaftskrisen, unnötig grosse, nicht den Leistungen entsprechende Einkommensunterschiede, Vermögenskonzentrationen, die zu demokratisch nichtlegitimiertem Machteinfluss Einzelner führen, Kapital- und Wirtschaftsentfremdung brei-

ter Bevölkerungsschichten u.ä. – sind bis heute vorhanden. Der Marxismus-Leninismus hat sie auf falsche Weise zu beseitigen versucht. Das heisst aber nicht, dass sie unüberwindbar sind. Als Wissenschaftler kann ich mich nicht mit Vorstellungen abfinden, dass diesen Systemmängeln nicht vorgebeugt werden könnte.

Aufgrund von Analysen der sozialistischen Theorie und Praxis als auch der Theorie und Praxis des kapitalistischen Systems bin ich zu den Ideen eines "Dritten Weges" gekommen, an welchen ich bis heute festhalte.

Das Modell des "Dritten Weges"

Da meine Modellvorstellung des "Dritten Weges" allgemein bekannt geworden ist, will ich hier nur in aller Kürze die Grundzüge dieses Modelles wiederholen. Zuvor jedoch will ich mich zu der Frage äussern, ob dieses Modell als sozialistisch bezeichnet werden soll. Darauf ist nur schwer zu antworten, denn damit entsteht sofort eine neue Frage, was "Sozialismus" bedeutet. Wenn mit diesem Begriff all das verbunden wird, was unter dem Einfluss von Marx, Engels, Lenin und Stalin entstanden ist und vorangehend mit den Grundzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems charakterisiert wurde – wobei ich bisher vom stalinistischen politischen System abstrahiert habe – so muss diese Bezeichnung energisch abgelehnt werden.

Da der Sozialismus-Begriff von breiten Volksschichten in Ost und West mit dem unter Stalin entstandenen "Realsozialismus" identifiziert wird und mit Recht stark proskribiert wurde, wäre es auch nicht günstig, ein neues, vom "realsozialistischen" als auch vom kapitalistischen System sich unterscheidendes System als sozialistisch zu benennen. Aus diesem Grunde bezeichnete ich das vorgeschlagene Zielmodell, das durch Reformen im Sinne des "Dritten Weges" entstehen sollte, als "Humane Wirtschaftsdemokratie"(3).

Es ist jedoch anzunehmen, dass die Reformen in den sozialistischen Ländern, auch wenn sie sich in Richtung der Grundgedanken eines Dritten Weges bewegen werden, aus politischen Gründen als "Demokratisierung des sozialistischen Systems" dargestellt werden. Was jeweils politisch opportun ist, muss wissenschaftlich nicht immer richtig sein. Entscheidend ist aber nicht die politisch benützte Bezeichnung (z.B. "Demokratisches Sozialistisches System"), sondern der Inhalt des angestrebten Zielmodelles, welches die Mängel des "realsozialistischen" als auch des kapitalistischen Systems überwinden sollte. Meine Vorstellungen der Grundzüge eines solchen Zielmodelles will ich nun kurz wiedergeben, wobei ich mich auf seine Realisierung in den sozialistischen Ländern konzentriere. Dabei muss ich natürlich die schwierigen Probleme des Überganges zu dem angestrebten Ziel ausklammern, abgesehen davon, dass diese in einem jeden Land ziemlich unterschiedlich sein können.

Im Zielmodell müssen solche Bedingungen existieren, unter welchen der Marktmechanismus möglichst vollkommen funktionieren kann. Das verlangt vor allem die Existenz selbständiger Unternehmen, deren konkrete Tätigkeit durch keine differenzierten staatlichen Eingriffe beeinträchtigt

werden darf. Der Staat soll nur allgemein gültige, rechtliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaftstätigkeit erlassen bzw. demokratisch fixierte ökonomische und soziale Ziele mit wirtschaftspolitischen Instrumenten anstreben. Differenzierte Subventionierungen einzelner Betriebe bzw. Branchen sollen nur noch allgemein anerkannte und berechtigte Ausnahmen darstellen.

Der Wettbewerb sollte möglichst optimal funktionieren, so dass ein jedes Unternehmen den Druck von Seiten der Abnehmer – am Binnenmarkt bzw. auf Aussenmärkten – aufgrund deren Auswahlmöglichkeiten verspürt. Mit diesem Ziel vor Augen sollte der Staat in der Übergangsperiode Massnahmen für die neue Organisation von Unternehmen schaffen und sofort als auch weiterhin eine wirksame antimonopolistische Wirtschaftspolitik entfalten. Vorschläge für solche antimonopolistische Massnahmen habe ich ausgearbeitet(4).

Die Preise sollten sich als Marktpreise entwickeln, die von den Verkäufern unter dem Druck der Käufer und in den Bedingungen eines funktionierenden Wettbewerbes frei bestimmt werden. Staatliche Kontrollen sollten nur der antimonopolistischen Politik dienen, d.h. verdeckte bzw. auch offene monopolistische Preisdiktate aufdecken und antimonopolistische Massnahmen hervorrufen. Um jedoch die antimonopolistischen Massnahmen und den Wettbewerb wirksam werden zu lassen, müsste in der Übergangsperiode der Verkäufermarkt (grosser Überschuss der kaufkräftigen Nachfrage), dort, wo er existierte, in einen Käufermarkt verwandelt worden sein.

Der Markt sollte nicht nur als Markt für Güter und Arbeitskräfte, sondern auch als Kapitalmarkt funktionieren. Dies verlangt die Existenz von Aktienunternehmen, vor allem im Bereich der grossen Unternehmungen. Gleichzeitig müssten Geschäftsbanken mit ökonomischer Interessenausrichtung tätig werden. Auch das nötige Börsensystem sollte vorhanden sein.

Verschiedenste Formen von Eigentum sollten sich in der Unternehmenssphäre entwickeln – private, genossenschaftliche, gemischte, aktienmässige und staatliche Unternehmen. Um jedoch der Entstehung grossen, konzentrierten Privatkapitals, bei gleichzeitiger Kapitalentfremdung breiter Bevölkerungsteile, vorzubeugen, wäre eine direkte Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter in allen Marktunternehmen von Anfang an anzustreben. Das Kapitalmiteigentum, die Gewinnbeteiligung sowie die Mitentscheidung von Mitarbeitern bezeichne ich als allgemeine Partizipation. Diese sollte in dieser oder jener Form in allen Unternehmen, mit Ausnahme kleiner, privater Betriebe mit minimalem Kapital, existieren.

Die allgemeine Partizipation ist denkbar sowohl bei kollektivem Kapitaleigentum der Mitarbeiter (genossenschaftliche Unternehmen, Unternehmen mit neutralisiertem Kapital), als auch bei individuell ausgedrücktem Kapitaleigentum der Mitarbeiter (Aktienunternehmen). Es wäre vorteilhaft, wenn die grossen Unternehmen, die zuvor in staatsbürokratischem Eigentum waren, die Form von Aktienunternehmen einnehmen und sich in *Mitarbeitergesellschaften* umwandeln würden. Damit wäre einerseits die Entstehung des erforderlichen Kapitalmarktes gesichert. Andererseits wäre

es aber auch möglich, durch starke Kapitalbeteiligung (Aktienbeteiligung) der Mitarbeiter und mit Hilfe eines demokratischen Entscheidungs- und Wahlrechtes gleiche Chancen für die Durchsetzung von Kapital- bzw. Arbeitsinteressen zu schaffen.

Private Gründerinitiativen sollten vom Staat unterstützt werden (Rechtsschutz, Steuererleichterungen etc.). Ab einer bestimmten Höhe der Gewinnrate sollte jedoch die Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter einsetzen, und dies teils in Form von Gewinnteilen, die als Mitarbeiterkapital im Unternehmen bleiben (neutralisiertes oder Aktienkapitel), teils in Form von ausgezahlten Gewinnanteilen (Anteile an Gewinnbeteiligungsfonds bzw. Dividenden in Aktienunternehmen). Dies verlangt auch eine Einführung eines solchen Steuersystems und einer Gewinnbeteiligungsregelung, welche den privaten Unternehmern bei wachsenden Gewinnraten auch wachsende Gewinnanteile versprechen, damit diese zu Effizienzsteigerungen genügend motiviert werden.

Marx hat immer auch die Tätigkeit von privaten Unternehmern, ihre technische Vorbereitung der Produktion, die Leitung und Organisation der Produktion, die Beaufsichtigung der Arbeit usw. als produktive Tätigkeit verstanden, mit welcher also auch Arbeitswert erzeugt wird(5). Als Arbeit, die eine besonders hohe Qualifikation verlangt, erzeugt sie in der gegebenen Arbeitszeit auch einen relativ hohen Arbeitswert. Man kann daher gemäss Marx auch sagen, dass bei nicht allzu vielen angestellten Arbeitskräften der Gewinn des privaten Unternehmers zu einem grossen Teil Ausdruck des von ihm selbst erzeugten Arbeitswertes ist und daher nicht Ausbeutung darstellt.

Wird daher die private Produktion auch mit Hilfe fremder Arbeitskräfte zugelassen und mit der Aneignung von Gewinnen durch die privaten Unternehmer, bei Einführung einer Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter ab einer bestimmten Höhe der Gewinnrate, gerechnet, so muss dies überhaupt nicht in Widerspruch zur marxistischen Lehre stehen. Es bedeutet, dass ab einer bestimmten Höhe der Gewinnrate ein Teil des Gewinnes in Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter verwandelt wird und dieser Gewinnteil wieder in Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter (Gewinnteile, die in Nettoinvestitionen, also Kapitalerweiterung verwandelt werden) und in ausgezahlte Gewinnanteile aufgeteilt wird. So wird die verbleibende Gewinnaneignung des Unternehmers auch gemäss der reinen Lehre von Marx keine Ausbeutung darstellen.

Die Entfaltung privater Unternehmertätigkeit, bei gleichzeitiger Absicherung einer Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter, sollte von einer Demokratisierung des Leitungssystems in den Unternehmen begleitet sein. Dies bedeutet, dass die Mitarbeiter in privaten, nichtaktienmässigen Unternehmen mit Hilfe von gewählten Beiräten, in Aktienunternehmen mit gewählten Vertretern in den Aufsichts- bzw. Verwaltungsorganen, an den grundlegenden Unternehmensentscheidungen (Unternehmenspolitik) teilnehmen würden, bei selbständiger operativer Führungstätigkeit durch das Management bzw. den privaten Unternehmer.

Die Mitarbeiter sollten auch in autonomen Arbeitsgruppen zu Entscheidungen herangezogen werden. In den autonomen Arbeitsgruppen würde

auch das System des "jobrotation" und "jobenrichment" praktiziert. Wichtig wäre die Initiative der Arbeitsgruppen bei der Suche nach neuen Arbeitsbeschaffungen für Mitarbeiter, die aufgrund des technischen Fortschrittes und struktureller Wandlungen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die Lohnentwicklung sollte in Form von geplanten Steigerungen der Durchschnittslöhne volkswirtschaftlich bestimmt werden. Auch die ausgezahlten Gewinnteile bzw. Dividenden würden mit Hilfe volkswirtschaftlich fixierter Berechnungsformeln an die erzielten Gewinne gebunden. Die Lohnplanung wäre ein gewichtiger Bestandteil makroökonomischer Verteilungspläne bzw. der Einkommenspolitik.

Hauptziel demokratisch erstellter und erwählter Makroverteilungspläne wäre die Fixierung von marktkonformen, wirtschaftspolitischen Massnahmen für die Erreichung sozialökonomischer Entwicklungsziele. Einige Alternativpläne, die sich durch unterschiedliche Kombination der wichtigsten Zielgrössen (Wachstum der privaten und öffentlichen Konsumtion, Umweltschutz und -verbesserung, Beschäftigungsentwicklung, Arbeitszeitverkürzung u.ä.) unterscheiden würden und mit Hilfe entsprechender Einkommens-, Fiskal-, Preis-, Kredit-, Geld- und Währungspolitik zu realisieren wären, sollten bei politischen Wahlen der Bevölkerung zur Auswahl vorgelegt werden.

Es wird erwartet, dass mit der Regulierung der funktionellen Einkommensverteilung, d.h. der Regulierung des Lohnwachstums, des Koeffizienten der Gewinnbeteiligung, des Koeffizienten der Gewinnentnahme für Unternehmerkonsumtion, sowie der Kreditaufteilung auf investive und konsumtive Kredite, das Gleichgewicht zwischen investiver und konsumtiver Entwicklung in der Volkswirtschaft erhalten werden kann. Die Bestimmung der Ressourcenallokation wäre allein den Unternehmen bzw. dem Marktmechanismus überlassen.

Die angestrebte Markt- und Plankoppelung soll die Vorteile der Marktwirtschaft, vor allem was die hocheffiziente, bedarfsausgerichtete und innovative Produktion anbelangt, voll erhalten. Gleichzeitig sollen jedoch die Makrogleichgewichtsstörungen, die Entstehung von grossen Überschusskapazitäten und der Massenarbeitslosigkeit, die bedrohlichen Umweltzerstörungen und die Zukunftsunsicherheiten der Menschen, mit Hilfe der Makroverteilungsplanung überwunden werden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass "Die Humane Wirtschaftsdemokratie" ein idealtypisches Systemmodell darstellt, in welchem

1. Bedingungen für einen möglichst optimal funktionierenden Marktmechanismus, freien Aussenhandel sowie eine konvertible Währung existieren;
2. sozialökonomische und ökologische Ziele mit Hilfe einer Makroverteilungsplanung und einer koordinierten Wirtschaftspolitik erreicht werden können;
3. makroökonomischen Ungleichgewichten und Massenarbeitslosigkeit mit der Makroverteilungsplanung, Vollbeschäftigungs- und Bildungspolitik vorgebeugt werden kann;

4. die Kapitalentfremdung der Mitarbeiter von Marktunternehmen durch Kapitalbeteiligung und Mitbestimmung bzw. Selbstverwaltung überwunden werden kann;
5. private Unternehmertätigkeit voll zugelassen, jedoch die Entstehung von übermässiger privater Kapital- und Machtkonzentration eingeschränkt wird;
6. über sozialökonomische und ökologische Planungsziele, aus unterschiedlichen Planalternativen, demokratisch entschieden wird;
7. nicht-marktmässige Tätigkeiten bzw. staatliche Steuerung erhalten bleiben in Sphären wo:
   a) soziale Sicherheiten, Chancengleichheiten und ökologische Ziele wichtiger als Effizienz sind;
   oder b) unüberwindbare Monopolbedingungen existieren;
   oder c) die Betriebseffizienz durch staatliche Steuerunghöher ist als bei konkurrenzmässiger Betriebszersplitterung (z.B. Wasserversorgung u.ä.)

Dies wären die Hauptvorstellungen des Modelles einer Humanen Wirtschaftsdemokratie, wie sie aus den sozialistischen Reformentwicklungen hervorgehen könnten(6).

Zur Kritik der bürokratischen Wirtschaftsverwaltung und Perspektiven der Mitarbeitergesellschaften

Die Entwicklungen im kapitalistischen System stellen zwar auch Entwicklungen in Richtung eines Dritten Weges dar, nicht jedoch in Richtung des alten sozialistischen Systems. Obzwar sich also im kapitalistischen System auch Reformerfordernisse ergeben, die ich noch erwähnen werde, sind diese nicht solcher Art, dass man hier Prozesse des sozialistischen dirigistischen Planungssystem einführen würde.

Auch in der kapitalistischen Wirtschaft kam es zu verschiedenen bedeutenden staatlichen Eigentumsentwicklungen. Allerdings waren solche staatlichen Entwicklungen zum Teil schon vor der Entstehung sozialistischer Ideologien vor sich gegangen, und zwar immer dann und dort, wo ein gesellschaftlicher Bedarf einer Produktion bzw. Dienstleistung entstand, für welche sich – aus diesem oder jenem Anlass – kein privatkapitalistisches Interesse bzw. nicht genügendes privates Kapital ergab (Eisenbahnen, Post, Elektrizitätswerke usw.).

Jedoch überall, nicht nur in den sozialistischen, sondern auch in den kapitalistischen Ländern, führte diese staatliche Verwaltung zu Bürokratisierungen und damit zu ungemeinen Effizienzverlusten. Eine bürokratische Wirtschaftsverwaltung ist vor allem eine Verwaltung durch Menschen, die kein direktes einkommenbedingtes Interesse an der Effizienz der von ihnen verwalteten bzw. dirigierten Wirtschaftsentwicklung haben. Menschen, die weder an persönlichem Einkommen gewinnen noch verlieren können, wenn die von ihnen dirigierte Wirtschaftstätigkeit Gewinne oder Verluste einbringt, werden den Folgen ihrer Wirtschaftsentscheidungen nicht genügend interessiert gegenüberstehen. Umgekehrt führen persönliche Einkommens-

gewinne oder -verluste wirtschaftslenkender Menschen, gebunden an Gewinne bzw. Verluste der gelenkten marktwirtschaftlichen Betriebe, zu ausserordentlich effizienten Wirtschaftsentscheidungen.

Die Unterschiede in der Lenkungseffizienz zwischen bürokratischen auf der einen Seite und ökonomisch interessierten Lenkungsorganen auf der anderen Seite sind so gravierend, dass es eigentlich gar nicht überraschen kann, wenn nicht nur im Kapitalismus, sondern nun auch im Sozialismus, eine Abkehr vom staaatlichen Eigentum und der damit zusammenhängenden bürokratischen Lenkungsweise zu einer marktwirtschaftlichen Verselbständigung der Betriebe, verbunden mit einer ökonomisch interessierten und verantwortlichen Lenkungsart, zu verzeichnen ist.

Die Konvergenzerwartung Tinbergens(7), nach welcher sich die Systeme auch dadurch annähern würden, indem sich im kapitalistischen System der staatliche Sektor und eine staatliche Planungs- und Lenkungstätigkeit ausbreiten würden, konnte also zufolge der allmählichen Erkenntnisentwicklung hüben und drüben nicht Realität werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich gerade in der Sphäre des Eigentums auch im Kapitalismus nicht bestimmte Änderungen durchsetzen würden, die zu einer andersartigen Annäherung beider Systeme führen würden.

Es handelt sich um den erwähnten Prozess der anwachsenden Kapital-, Gewinn- und Entscheidungsbeteiligung (allgemeine Partizipation) der Mitarbeiter von marktwirtschaftlichen Unternehmen, der gerade im letzten Jahrzehnt in fast allen westlichen Industrieländern ungemein schnell angewachsen ist. Eine amerikanische Analyse zeigt zum Beispiel, dass in den USA von 1974 bis 1985 die Zahl von Unternehmen mit Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter von 1'600 auf 8'100 und die Zahl von Mitarbeitern, die Aktien ihrer Unternehmen besitzen, von 250,000 auf 8 Mio. angewachsen ist(8). Und eine ähnliche, sich beschleunigende Entwicklung ist auch in fast allen anderen Industrieländern zu beobachten.

In den USA haben besondere wirtschaftspolitische Massnahmen zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen. Vor allem starke steuerliche Vergünstigungen, zugunsten sogenannter Employee Stock Ownership Plans (ESOPs), förderten die Mitarbeiterbeteiligung am Firmenkapital, aufgrund derer gleichzeitig auch das Eigenkapital der betreffenden Firmen schneller wuchs.

Diese Entwicklung ist Ausdruck einer *Erkenntnis der Bedeutung ökonomischer Interessen,* diesmal ausgedehnt auf alle Mitarbeiter, also der Erkenntnis, dass sich das Interesse von kapital- und gewinnbeteiligten sowie mitbestimmenden Mitarbeitern an der Effizienzentwicklung ihrer Unternehmen erheblich steigert. Somit wachsen auch die Gewinne und Einkommen der Firmen mit einer solchen Partizipation viel schneller als diejenigen von Firmen ohne Partizipation. Auch dies hat die angeführte amerikanische Analyse aufgezeigt.

Ohne Zweifel wurde diese Entwicklung auch von theoretischen Arbeiten angeregt, die schon gegen Ende der 60er Jahre auf die ökonomische Bedeutung der allgemeinen Kapitalbeteiligung hinwiesen. Bahnbrechend war hier

vor allem das Buch von L.O. Kelso und P. Hetter (9). In diesem Buch wird die realistische Möglichkeit eines kreditmässigen Aktienkaufes durch Familien mit niedrigen Einkommen und ohne Ersparnisse, mit Hilfe von steuerbegünstigten Aktienverkäufen über spezielle Treuhandstellen bzw. Versicherungsinstitute, aufgezeigt. Die hier begründete und berechnete Möglichkeit der Realisierung eines zweiten Einkommensplanes, mit welchem in absehbarer Zeit in den USA alle Familien zu Besitzern eines beträchtlichen Aktienvermögens gemacht werden könnten, wirkt faszinierend.

Wo dann Mitarbeiter von grossen Unternehmungen einen solchen Aktienanteil ihrer Firma besitzen, der es ihnen möglich macht, über ihre Vertretung in den Verwaltungsräten sowohl die erforderliche Markteffizienz der Unternehmung als auch gleichzeitig ihre sozialen Interessen stärker zu verfolgen, bildet dies einen neuen Weg zur Überwindung des alten Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital in der Gesellschaft. Statt der Verallgemeinerung des Produktionsmitteleigentums durch Enteignung der Kapitalbesitzer und Verstaatlichung der Produktionsmittel, einem Weg, bei dem die Markteffizienz verloren ging und der Lebensstandard der Bevölkerung immer mehr hinter demjenigen der Marktwirtschaften zurückblieb, kann die Verwandlung aller Menschen in Miteigentümer von marktmässig eingesetzten Produktionsmitteln, ein Weg, bei welchem der Marktmechanismus erhalten bleibt und der Lebensstandard aller ein gesellschaftliches Optimum erreicht, die moderne Lösung des alten sozial-ökonomischen Problems darstellen.

Der *Volkskapitalismus* wird so zur realen Utopie!

Mit der neuen technologischen Entwicklung und einem vermehrten Übergang zur modernen Informationsgesellschaft wird die allgemeine Partizipation der Mitarbeiter sehr schnell zunehmen. In den neuen, mit der modernen Informatik verbundenen Dienstleistungsunternehmen wird sich eine neuartige Genossenschaftsentwicklung bzw. die von mir prognostizierte Entwicklung von Mitarbeitergesellschaften in wachsendem Masse durchsetzen.

Die hohe Qualifikation und das Bildungsniveau der Mitarbeiter solcher Dienstleistungsbetriebe wird allmählich eine grössere Bedeutung erlangen als das sachliche Kapital, welches für die Unternehmenstätigkeit benötigt wird. Die hochqualifizierten Fachkräfte werden sich stets weniger mit der Stellung von einfachen Lohnabhängigen begnügen. Sie werden auch selbst zu Gründern solcher Dienstleistungsunternehmen in Form von Genossenschaften, wie sich dies zum Beispiel im amerikanischen Silicon Valley schon in starkem Masse abzeichnet. Auch das Interesse und die Initiative von Mitarbeitern in industriellen, aber immer schneller technisch voranschreitenden Unternehmen wird für diese von wachsender Bedeutung sein und wird zu einer relativ schnellen Ausbreitung der Partizipation führen.

Wenn man nun bedenkt, dass in den sozialistischen Ländern eine Verwandlung von grossen Betrieben zu marktwirtschaftlich selbständigen Betrieben Hand in Hand mit einer allgemeinen Partizipation der Mitarbeiter dieser Betriebe vor sich geht, dann zeichnet sich hier eine Konvergenzentwicklung ganz neuer Art ab.

Nach meiner Vorstellung könnte ein Übergang zu einer fundamentalen

Mitarbeiterbeteiligung in den sozialistischen Ländern in etwa so vonstatten gehen, dass die Mitarbeiter aus den Gewinnen der Unternehmen jährlich Anteile in Form von unveräusserlichen Namensaktien erhalten. Diese Gewinnteile würden für Nettoinvestitionen der Unternehmen benützt. Daneben könnten die Unternehmen, mit dem Ziel, ihr Kapital schneller auszuweiten, normale Aktien emitieren und ausserhalb des Unternehmens verkaufen. Die Mitarbeiter würden auf ihre Namensaktien die gleichen Dividenden erhalten wie die firmenfremden Aktionäre.

Die Besonderheiten solcher Zertifikate möchte ich hier nicht weiter behandeln. Es soll nur ganz allgemein gesagt werden, dass ihre Vergabe, Laufzeit, persönliche Gebundenheit, ihr Zusammenhang mit Dividendenauszahlung, Stimmrechten usw., rechtlich so geregelt werden sollte, dass die Stellung der Mitarbeiter in den Unternehmen und ihr Verhältnis zur Unternehmenstätigkeit sich grundlegend ändert bzw. Mitarbeitergesellschaften mit Gleichstellung von Arbeit und Kapital sich ergeben würden. Vor allem sollte auf diese Weise ein starkes Interesse der Mitarbeiter an der Effizienzentwicklung der Unternehmen entstehen – nicht aber an ihren kurzfristigen Gewinnmaximierungen, sondern an langfristig optimalen Gewinn- und Kapitalentwicklungen. In diesem Sinne würden z.B. Dividendenauszahlungen auch während des Ruhestandes der einstigen Mitarbeiter wirken.

Gleichzeitig sollten jedoch die Kapitalbeteiligungen und demokratischen Stimmrechtsregelungen zu einer stärkeren Wahrung der sozialen Interessen der Mitarbeiter führen, d.h. diese gegenüber der reinen Effizienzverfolgung aufwiegen. Erforderliche progressive technische Fortschritte, Produktionsstrukturänderungen, Steigerungen der Kapitalintensität u.ä., könnten bei gleichzeitigen Entscheidungen über Massnahmen erfolgen, mit welchen der Entstehung von Arbeitslosigkeit vorgebeugt bzw. unausweichliche Entlassungen mit rechtzeitigen Neueingliederungen verbunden würden. Auch alle Humanisierungen der Arbeit, die Schaffung autonomer Arbeitsgruppen, Jobenlargement, Jobrotation usw. würden durch eine entsprechende Eigentumsschaffung der Mitarbeiter zielbewusster entfaltet werden.

So könnten sich mit der Entwicklung von Mitarbeitergesellschaften und der Wirtschaftsdemokratisierung Bedingungen herausbilden, in welchen das Effektivitätsprinzip nicht nur erhalten, sondern noch verstärkt würde und sich dennoch mit einer weitergehenden Humanisierung der Arbeitswelt verbinden könnte.

Sollte sich diese Entwicklung in den sozialistischen Ländern durchsetzen, wobei sich dort gleichzeitig wieder kleine und mittlere Privatunternehmen entwickeln würden, so wäre dies eine Entwicklung in Richtung einer demokratischen und humanen Wirtschaft. Bei gleichzeitiger, wenn auch höchstwahrscheinlich langsameren Entwicklung der allgemeinen Partizipation in den kapitalistischen Marktwirtschaften, würde dies die Annäherung der beiden Systeme ohne effizienzfeindliche Staatsbürokratisierungen bedeuten.

Eine solche Partizipationsentwicklung in der Betriebssphäre würde auch die von mir angestrebte Makroverteilungsplanung ermöglichen und unterstützen. Das Lohnwachstum würde nicht mehr von zukunftsblinden und rein

machtbedingten Kämpfen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden abhängen, sondern könnte gezielt an die Produktivitätsentwicklung gebunden werden. Das gleichgewichtige Wachstum der volkswirtschaftlichen Konsum- und Investitionsquote könnte auf diese Weise besser abgesichert werden. Mit anderen Worten, die Fiskal-, Kredit-, Währungs- und Einkommenspolitik könnten besser koordiniert werden. Es ist meine Überzeugung, dass eine solche langfristige und planmässige Koordinierung der Wirtschaftspolitik sich auch in den kapitalistischen Marktwirtschaften früher oder später durchsetzen wird.

Im kapitalistischen System gibt es keinen Druck auf solche Reformen, welche aus den Vorteilen des anderen Systems erwachsen würden. Die Reformen in der kapitalistischen Wirtschaft ergeben sich vor allem aus der Erkenntnis von Effizienzgewinnen, die man durch eine allgemeine Partizipation in der Betriebssphäre erreichen kann. Auch zu einer langfristig planmässigen Koordination der Wirtschaftspolitik wird es nur dann kommen, wenn sie ersichtliche Effizienzvorteile bringt. Allerdings wird auch der wachsende Druck auf eine humane Lösung der Arbeitslosigkeits- wie auch der Umweltproblematik sowohl die Partizipations- als auch die Makroplanungsentwicklung beschleunigen.

Die Einführung einer allgemeinen Partizipation im kapitalistischen System wird jedoch eher langsam vor sich gehen, so dass der soziale Unterschied zwischen Kapital- und Arbeitsinteressen noch lange erhalten bleibt. Dennoch kann man auch in diesem System von Wandlungen in Richtung einer Wirtschaftsdemokratie sprechen, welche durch die neue technologische Entwicklung beschleunigt werden.

* Es handelt sich um den Vorabdruck eines gekürzten und von der Redaktion betitelten Textes, der mit anderen Texten von O. Šik, W. Brus, J. Kosta u.a. im Herbst 1990 im Herder Verlag Freiburg erscheinen wird unter dem Titel: "Die sozialgerechte Marktwirtschaft – ein Weg für Osteuropa".

Anmerkungen

1) O. Šik: Wirtschaftssysteme, Vergleiche-Theorie-Kritik, Heidelberg 1987.
2) Siehe dazu O. Šik/R. Höltschi/Chr. Rockstroh: Wachstum und Krisen, Heidelberg 1989.
3) O. Šik: Humane Wirtschaftsdemokratie, Hamburg 1979, und O. Šik: For a Humane Economic Democracy, New York 1985. Neuestens: O. Šik: Begründung eines Mitarbeitergesellschaftssystems, in: Arne Heise (Hg.), Arbeiterselbstverwaltung, München 1989.
4) O. Šik: Ein Wirtschaftssystem der Zukunft, Heidelberg 1985.
5) Siehe dazu K. Marx: "Das Kapital", Dietz-Berlin (1974), Bd.I., S.350ff. und Bd.III., S.396ff.
6) Mehr darüber siehe in O. Šik, "Humane Wirtschaftsdemokratie", Hamburg 1979 und "For a Humane Economic Democracy", New York 1985.
7) Vgl. Jan Tinbergen: Do Communist and Free Economies Show a Converging Pattern? in: Soviet Studies, Vpl. 12, Oxford 1969/61, S. 333ff.
8) O. Rosen/M. Quarrey: How well is employee ownership working? Special Report, in: Harward Business Review, 5/87.
9) L.O. Kelso/P. Hetter: How to turn eighty million workers into capitalists on borrowed money, New York 1967.